

Wilhelm Stabe

Wattenbeks Bürgermeister in vier politischen Systemen

1918 – 1945

von Uwe Fentsahm

I. Am Ende des Ersten Weltkrieges

Das Kreisblatt für den Kreis Bordesholm vermeldete am 9. Oktober 1918: "Die Wahl des Landmanns Wilhelm Stabe in Wattenbek zum Gemeindevorsteher der Gemeinde Wattenbek ist bestätigt worden." Drei Tage später erschien der Holsteinische Courier mit der Nachricht: "Landmann W. Stabe in Wattenbek wurde zum Gemeindevorsteher gewählt". Es kann somit davon ausgegangen werden, dass Wilhelm Stabe Anfang Oktober 1918 (also unmittelbar vor dem Ende des Ersten Weltkrieges und des deutschen "Kaiserreiches") zum Nachfolger von Johannes Gabriel als Bürgermeister gewählt wurde.

Der 1867 geborene Stabe war zu diesem Zeitpunkt 51 Jahre alt und ist dann für fast 27 Jahre Bürgermeister in Wattenbek geblieben. (Bis 1992 wurde in Wattenbek fälschlicher Weise die Ansicht vertreten, Wilhelm Stabe hätte sein Amt erst 1934 angetreten, wie es die Legende unter dem Straßenschild suggerierte.) Über seine politische Grundhaltung im Jahre 1918 sind wir nicht informiert. Aber auch er war in der Folgezeit gezwungen, sich mit den veränderten politischen Verhältnissen zu arrangieren.

II. In der "Weimarer Republik"

Über das Wirken von Wilhelm Stabe in der Zeit seit 1919 sind wir ebenfalls kaum informiert. Es gibt aber Hinweise darauf, dass die Parlamentarisierung und die allgemeine Demokratisierung des politischen Systems auch in Wattenbek mit einigem Erfolg durchgeführt wurden: Die Gemeindevertretung bestand aus den bei den Kommunalwahlen gewählten

Mandatsträgern und gliederte sich offensichtlich in zwei Fraktionen, die Sozialdemokraten (SPD) und die eher konservativ ausgerichteten "Bürgerlichen", deren Mitglied Wilhelm Stabe war. Er wurde als Bürgermeister im September 1919, im Juli 1924 und im Dezember 1929 wiedergewählt.

Bei den Wahlen zum Deutschen Reichstag im Jahre 1928 erhielt die SPD in Wattenbek 43,6% der Stimmen und lag damit über dem schleswig-holsteinischen Landesdurchschnitt (35,1%) und weit über dem Reichsdurchschnitt von 29,8%. Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) erhielt als zweitstärkste Partei in Wattenbek 38,7% der Stimmen. Dieses gute Ergebnis konnte die SPD bei den Kommunalwahlen offensichtlich nicht ganz wiederholen, denn in der Gemeindevertretung von 1929 saßen nur 4 Sozialdemokraten: Der Schriftsetzer Friedrich Dreseler, der Maurer Wilhelm Huß, der Tischler Johannes Tödter und als einzige Gemeindevertreterin Margarethe Siemen, eine Frau mit großem sozialen Engagement. Die Mehrheit besaßen die "Bürgerlichen" um Wilhelm Stabe, zu denen noch der Bauunternehmer Heinrich Heesch, die Landwirte Johannes Gabriel und Adolf Schroedter, der Pensionär Christian Schulz und der Malermeister August Bustorff gehörten.

In den Gemeindevertretersitzungen hatten beide Fraktionen jahrelang heftig um den Beitritt Wattenbeks zum Schulzweckverband Bordesholm-Hoffeld gestritten. Die SPD befürwortete den Beitritt und damit die Einschulung der Wattenbeker Kinder in die Bordesholmer Schule, da das dortige "mehrklassige Schulsystem ein unanschätzbarer Gewinn" für die Schülerinnen und Schüler sei. Außerdem würde die Gemeinde jährlich 1000,- Mark sparen, da sie das marode alte Schulgebäude nicht mehr unterhalten müsste, und in Bordesholm könnte durch die Wattenbeker Kinder eine vakante Lehrerstelle gesichert werden. In dem Bericht der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung (SHVZ) vom 1.10.1931 über die von der Landesregierung geforderte endgültige Entscheidung Wattenbeks heißt es weiter: "Trotz aller gebotenen Vorteile versuchte auch jetzt noch wieder der Gemeindevertreter Schroedter (Bürg.) durch Aussetzung eines Beschlusses eine Verschleppung in der Schulfrage herbeizuführen." Der energische Protest der SPD-Fraktion gegen dieses Ansinnen und die objektiv vorhandenen Vorteile eines Beitritts zum Bordesholmer Schulverband bewirkten aber letztendlich, dass die Gemeindevertretung doch noch einstimmig für den Beitritt stimmte.

Dieses mustergültige Beispiel für einen demokratischen Willensbildungsprozess sollte schon bald der Vergangenheit angehören, denn zum einen war im März des Jahres 1931 nach einem groß angelegten Werbeabend die Ortsgruppe Wattenbek der NSDAP gegründet worden. Zu ihr gehörten in der Anfangsphase 8 "Parteigenossen", bei denen es sich vielleicht schon damals um ehemalige Angehörige der "Bürgerlichen" gehandelt haben könnte. Auf der Gründungsveranstaltung hatte es nach Zeitungsberichten "einen sozialdemokratischen Gegenredner" gegeben, dessen Protest aber die Gründung der NSDAP-Ortsgruppe nicht verhindern konnte.

Zum anderen nahmen die Wahlergebnisse der NSDAP vor Ort für alle Demokraten angsterregende Dimensionen an: Bei den beiden Reichstagswahlen im Jahre 1932 erreichte die NSDAP in Wattenbek mit 63,8% und 60% der Stimmberechtigten zwei Erfolge, die über dem schleswig-holsteinischen Landesdurchschnitt (51,1% bzw. 45,8%) und weit über dem Reichsdurchschnitt (37,4% bzw. 33,1%) lagen. Spätestens in dieser Zeit werden Wilhelm Stabe, Johannes Gabriel, August Gier, Wilhelm Hartz, Heinrich Heesch, Wilhelm Riepen, Christian Rixen, Adolf Schroedter und August Steen ihre Mitgliedschaft in der NSDAP beantragt haben, ansonsten hätten sie sich in der Folgezeit nicht als Bürgermeister und Gemeindevertreter in Wattenbek betätigen können.

III. In der Zeit des Nationalsozialismus

Die reichsweite Machtübertragung an die Nationalsozialisten durch den Reichspräsidenten von Hindenburg im Januar 1933 zeigte auch in Wattenbek schon bald seine Auswirkungen: Die ehemals demokratisch gewählte Gemeindevertretung wurde "gleichgeschaltet", d.h. den verbliebenen beiden Sozialdemokraten Johannes Tödter und Wilhelm Ueckermann wurden ihre Mandate als Gemeindevertreter aberkannt. Die Nationalsozialisten waren jetzt unter sich und Wilhelm Stabe als Bürgermeister erlangte eine noch größere Machtbefugnis, denn im neuen Gemeindeverfassungsgesetz vom Dezember 1933 war festgelegt worden: "Der Leiter der Gemeinde trifft alle Entscheidungen in voller und ausschließlicher Verantwortung." Die Gemeindevertreter wurden zu "Beratern" degradiert und mussten vom Leiter der Gemeinde lediglich vor allen wichtigen Entscheidungen "gehört" werden. Vielleicht ist der damals 65-jährige Wilhelm

Stabe sich gar nicht bewusst gewesen, dass er im Begriff war, ein demokratiefeindliches und menschenverachtendes System zu unterstützen.

Die allgemeine politische Entwicklung der nachfolgenden Jahre ist in Wattenbek offensichtlich nicht weiter kritisch beurteilt worden. Gegen die Inhaftierung und Internierung des Wattenbeker Zimmermanns Hermann Rowedder im Sommer 1933 in einem Konzentrationslager - wegen Verbreitung angeblich systemfeindlicher Gerüchte - hat es anscheinend keine Proteste gegeben. Dazu waren die Wattenbeker erst 1937 bereit, als die Kreisleitung der NSDAP in Rendsburg die Absicht äußerte, die Gemeinde Wattenbek in Bordesholm einzugliedern. In dieser die Eigenständigkeit des Dorfes bedrohenden Situation müssen der Bürgermeister Wilhelm Stabe und die anderen Gemeinderäte über sich hinausgewachsen sein. Sie formulierten ein für die damalige Zeit nicht ganz unproblematisches Protestschreiben, in dem sie darauf hinwiesen, dass es sich bei Wattenbek mit seinen 700 Einwohnern durchaus um eine selbst lebensfähige Gemeinde handle. Außerdem wären die strukturellen Unterschiede zu Bordesholm sehr ausgeprägt, da Wattenbek "zum großen Teil eine landwirtschaftliche Gemeinde" sei. Ob diese Argumente so überzeugend oder andere Gründe entscheidend waren, ist nicht bekannt: Jedenfalls kam es in Rendsburg zu einem nicht für möglich gehaltenen Sinneswandel und Wattenbek durfte seine Eigenständigkeit behalten.

Vor diesem Hintergrund muss man wahrscheinlich auch das Verhalten der Wattenbeker im weiteren Verlauf der nationalsozialistischen Zeit betrachten: Gegen die Errichtung eines Zwangsarbeiterlagers der Deutschen Werke Werft (Kiel) im Sommer 1941 auf dem Gelände am heutigen Saalskamp, Birkenweg und Buchenweg hatte man keinerlei Bedenken, schließlich hatte der Landrat gegenüber dem Bauherrn ausdrücklich betont: "Im Interesse der Gemeinde Wattenbek muss ich mein Einverständnis von der Bedingung abhängig machen, dass ein geeigneter Lagerführer eingesetzt wird und dass von diesem alle kriegswirtschaftlichen Arbeiten, die sich auf die Lebensmittelversorgung usw. der Lagerinsassen beziehen, wahrgenommen werden, sodass die Gemeinde hierdurch nicht belastet wird." Wilhelm Stabe hat jedenfalls mit seiner Unterschrift (siehe nebenstehende Abbildung) deutlich gemacht, dass auch er als Bürgermeister nichts gegen die Einrichtung einer Kantine und den Ausschank von Bier und alkoholfreien Getränken im Lager einzuwenden hätte.

In den Jahren 1941/42 standen die Wattenbeker ein weiteres Mal vor der Frage, inwieweit sie die Pläne der Nationalsozialisten unterstützen sollten: Für den Bau der sogenannten Finnenhaussiedlung wurde Bauland benötigt und die Wattenbeker steuerten dazu von ihren Ländereien 17 ha bei. Insgesamt waren davon mindestens 6 Grundeigentümer betroffen, die unterschiedlich große Landstücke hergegeben haben. Dies geschah, ohne dass ein staatliches Enteignungsverfahren in Gang gesetzt werden musste. Im Protokollbuch der Gemeindevertretung heißt es dazu am 22. September 1942: "Zur Regelung der Gemeindeverhältnisse für die Siedlung Bordesholm-Ost (Finnenhaus-Siedlung) ist es erforderlich, die infrage kommenden Gemeindeflächen des Wattenbeker Gemeindegebietes nach der Gemeinde Bordesholm umzugemeinden."

Am Ende des Krieges im Mai 1945 wurde Wattenbek von der englischen Besatzungsmacht als Lagerstandort für "Displaced Persons" ausgesucht: In den Baracken des Lagers der Deutschen Werke Werft wurden aus ganz Schleswig-Holstein ehemalige Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene aus Serbien bzw. Jugoslawien untergebracht. Sie blieben hier bis zu ihrer Repatriierung im November 1946. Im Volksmund erhielt das Lager die - nur für diesen kurzen Zeitraum von 18 Monaten zutreffende - Bezeichnung "Serbenlager". Für den Bürgermeister Wattenbeks, Wilhelm Stabe, hatte sich am 8. Mai 1945 wenig geändert. Er blieb erstaunlicher Weise noch bis zum 11. Juli 1945 im Amt.

IV. In der unmittelbaren Nachkriegszeit

Die erste offizielle Sitzung der Gemeindevertretung Wattenbeks in der Nachkriegszeit fand offensichtlich erst am 11. Juli 1945 statt. Es trafen sich der Bürgermeister, die alten Gemeinderäte (Heinrich Heesch, August Steen, Johannes Gabriel, Adolf Schroedter) und 5 im Protokollbuch so genannte "Nichtparteimitglieder" (Hermann Stange, Ernst Siemon, Hans Kuchel, August Stühmer und Ernst Schneede). Diese Herren hatten nur einen Tagesordnungspunkt zu bewältigen, nämlich die Regelung der Nachfolge für Wilhelm Stabe, dem es offensichtlich von Seiten der Besatzungsmacht verboten worden war, sein Amt noch länger auszuüben. Man hat sich wohl relativ schnell auf eine gemeinsame Vorgehensweise geeinigt, denn im Protokollbuch ist vermerkt: "Bürgermeister Wilhelm Stabe hat als geeigneten

Nachfolger den Jungbauern Wilhelm Schroedter vorgeschlagen und ihm mit sofortiger Wirkung dieses Amt übertragen." Damit wurde dem (politisch nicht vorbelasteten) Sohn des stellvertretenden Bürgermeisters und Gemeinderates Adolf Schroedter ohne irgendein Wahlverfahren dieses wichtige Amt angetragen und die Alteingesessenen konnten sich so auch weiterhin großen Einfluss auf die Gemeindepolitik sichern. Von einem demokratischen Neuanfang war in Wattenbek zu diesem Zeitpunkt noch nichts zu verspüren.

So war es denn auch Adolf Schroedter und nicht sein Sohn Wilhelm, der am 9. August 1945 "geeignete Personen" in den Gemeinderat "berief". Dies waren die schon erwähnten "Nichtparteimitglieder" Hermann Stange, Hans Kuchel und August Stühmer sowie Hugo Möller und Ernst Hartz; aber auch der als Bürgermeister zurückgetretene Wilhelm Stabe wurde wieder als Gemeindevertreter berufen.

Als (berufener) Gemeindevertreter ist Stabe noch bis zum September 1946 aktiv gewesen. Doch er hat sich auch noch weiterhin in der Gemeindepolitik engagiert, und zwar als gewähltes Mitglied im Finanzausschuss. Im November 1948 erfolgte dann für den damals 81-jährigen der endgültige Rückzug aus der Kommunalpolitik. Die Gemeinde Wattenbek ehrte ihn zeitgleich mit der Umbenennung des Neuen Wattenbeker Weges in Wilhelm-Stabe-Straße. Seinen politischen Ruhestand konnte Wilhelm Stabe nur noch zwei Jahre genießen, er verstarb am 11. November 1950 im Alter von 83 Jahren und wurde auf dem Bordesholmer Friedhof beerdigt.